

## GERICHT FÜR DEN ÖFFENTLICHEN DIENST

**Urteil des Gerichts für den öffentlichen Dienst (Erste Kammer) vom 26. Februar 2013 — Labiri/EWSA**

(Rechtssache F-124/10) <sup>(1)</sup>

**(Öffentlicher Dienst — Beistandspflicht — Art. 12a des Statuts — Mobbing — Verwaltungsuntersuchung)**

(2013/C 114/68)

Verfahrenssprache: Französisch

### Parteien

**Klägerin:** Vassiliki Labiri (Brüssel, Belgien) (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte S. Orlandi, A. Coolen, J.-N. Louis, É. Marchal und D. Abreu Caldas)

**Beklagter:** Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (Prozessbevollmächtigte: M. Arsène und L. Camarena Januzec im Beistand der Rechtsanwälte M. Troncoso Ferrer und F.-M. Hilaire)

### Gegenstand der Rechtssache

Öffentlicher Dienst — Klage auf Aufhebung der Entscheidung, das auf die Beschwerde der Klägerin wegen Mobbing eingeleitete Verwaltungsuntersuchungsverfahren einzustellen

### Tenor des Urteils

1. Die Entscheidung des Generalsekretärs des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 18. Januar 2010 wird aufgehoben.
2. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss trägt seine eigenen Kosten und wird verurteilt, die Frau Labiri entstandenen Kosten zu tragen.

<sup>(1)</sup> ABl. C 63 vom 26.2.2011, S. 34.

**Urteil des Gerichts für den öffentlichen Dienst (Erste Kammer) vom 26. Februar 2013 — Bojc Golob/Kommission**

(Rechtssache F-74/11) <sup>(1)</sup>

**(Öffentlicher Dienst — Vertragsbedienstete — Unbefristeter Vertrag — Beendigung)**

(2013/C 114/69)

Verfahrenssprache: Englisch

### Parteien

**Klägerin:** Aleksandra Bojc Golob (Domžale, Slowenien) (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwalt S. Rodrigues, Rechtsanwältin A. Blot und Rechtsanwalt C. Bernard-Glanz)

**Beklagte:** Europäische Kommission (Prozessbevollmächtigte: G. Berscheid und D. Martin)

### Gegenstand der Rechtssache

Öffentlicher Dienst — Antrag auf Aufhebung der Entscheidung der zum Abschluss der Dienstverträge ermächtigten Behörde, den unbefristeten Arbeitsvertrag der Klägerin zu beenden

### Tenor des Urteils

1. Die Klage wird abgewiesen.
2. Frau Bojc Golob trägt ihre eigenen Kosten und wird verurteilt, die der Europäischen Kommission entstandenen Kosten zu tragen.

<sup>(1)</sup> ABl. C 290 vom 1.10.2011, S. 20.

**Beschluss des Gerichts für den öffentlichen Dienst (Erste Kammer) vom 21. Februar 2013 — Marcuccio/Kommission**

(Rechtssache F-113/11) <sup>(1)</sup>

**(Öffentlicher Dienst — Art. 34 Abs. 1 und 6 der Verfahrensordnung — Innerhalb der Klagefrist per Telefax eingegangene Klageschrift — Eigenhändige Unterschrift des Rechtsanwalts weicht von jener auf der per Post versandten Urschrift der Klageschrift ab — Verspätung der Klage — Offensichtliche Unzulässigkeit)**

(2013/C 114/70)

Verfahrenssprache: Italienisch

### Parteien

**Kläger:** Luigi Marcuccio (Tricase, Italien) (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwalt G. Cipressa)

**Beklagte:** Europäische Kommission (Prozessbevollmächtigte: C. Berardis-Kayser und J. Baquero Cruz im Beistand von Rechtsanwalt A. Dal Ferro)

### Gegenstand der Rechtssache

Öffentlicher Dienst — Klage auf Aufhebung der stillschweigenden ablehnenden Entscheidung der Kommission über den Antrag des Klägers, ihm die rückständigen Dienstbezüge für den Monat August 2010 auszubezahlen

**Tenor des Beschlusses**

1. Die Klage wird als offensichtlich unzulässig abgewiesen.
2. Herr Marcuccio trägt seine eigenen Kosten und wird verurteilt, die der Europäischen Kommission entstandenen Kosten zu tragen.

(<sup>1</sup>) ABl. C 25 vom 28.1.2012, S. 69.

**Klage, eingereicht am 22. Januar 2013 — ZZ/Kommission****(Rechtssache F-7/13)**

(2013/C 114/71)

Verfahrenssprache: Französisch

**Parteien**

Kläger: ZZ (Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt E. Boigelot)

Beklagte: Europäische Kommission

**Streitgegenstand und Beschreibung des Rechtsstreits**

Aufhebung der Entscheidung, mit der die Beschwerde gegen die auf den Antrag des bei der Vertretung der Kommission in Antananarivo, Madagaskar, dienstlich verwendeten Klägers auf Schadensersatz für die Schwierigkeiten bei seinem Amtsantritt in der vorgenannten Stadt ergangene Entscheidung zurückgewiesen wurde

**Anträge**

Der Kläger beantragt,

- die Entscheidung des Referatsleiters innerhalb der Generaldirektion Humanressourcen und Sicherheit zum „Antrag gemäß Art. 90 Abs. 1 des Statuts — 0/867/11 auf Schadensersatz für die Schwierigkeiten bei Ihrem Amtsantritt in Antananarivo“ aufzuheben, wonach dieser Antrag mit der Begründung abgelehnt wurde, dass „die erforderlichen Voraussetzungen für einen solchen Ersatz des immateriellen und psychischen Schadens“ nicht erfüllt seien, da aus dem Sachverhalt hervorgehe, dass „die Vertretung alles veranlasst (habe), um die Probleme zu lösen, indem sie in der ersten Wohnung zusätzliche Arbeiten durchführen ließ und Ihnen während der Durchführung dieser Arbeiten alternative Wohnmöglichkeiten angeboten (habe)“;
- die Antwort auf die Beschwerde des Klägers aufzuheben, wonach die Anstellungsbehörde seinen Antrag mit der Begründung ablehnt, dass i) „der Verwaltung im vorliegenden Fall kein Amtsfehler, geschweige denn rechtswidriges Verhalten zugeschrieben werden (könne)“, ii) der Kläger „nicht

den geringsten Anfangsbeweis für die behaupteten immateriellen und psychischen Schäden erbracht (habe)“ und iii) „die angefochtene Entscheidung sich bei den Beweisen des Entgegenkommens der Verwaltung dem Beschwerdeführer gegenüber aufgehoben (habe)“ und „ein etwaiger Begründungsmangel nach ständiger Rechtsprechung durch eine angemessene Begründung bei der Beantwortung der Beschwerde geheilt werden (könne)“, was vorliegend der Fall sei;

- die Kommission zu verurteilen, ihm vorbehaltlich einer Erhöhung oder Verminderung im Laufe des Verfahrens vorläufig veranschlagte 30 000 Euro als Ersatz für seinen immateriellen und psychischen Schaden zu zahlen;
- der Kommission die Kosten aufzuerlegen.

**Klage, eingereicht am 19. Februar 2013 — ZZ/Kommission****(Rechtssache F-18/13)**

(2013/C 114/72)

Verfahrenssprache: Französisch

**Parteien**

Kläger: ZZ (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte D. Abreu Caldas, A. Coolen, J.-N. Louis und E. Marchal)

Beklagte: Europäische Kommission

**Streitgegenstand und Beschreibung des Rechtsstreits**

Aufhebung der Entscheidung, die Anrechnung seiner vor dem Dienstantritt erworbenen Ruhegehaltsansprüche auf der Grundlage der neuen allgemeinen Durchführungsbestimmungen vorzunehmen

**Anträge**

Der Kläger beantragt,

- die Entscheidung vom 17. Januar 2012 über die Anrechnung seiner vor dem Dienstantritt bei der Kommission erworbenen Ruhegehaltsansprüche aufzuheben;
- soweit erforderlich, die Entscheidung über die Zurückweisung seiner auf Anwendung der allgemeinen Durchführungsbestimmungen und der versicherungsmathematischen Sätze, die zum Zeitpunkt seines Antrags auf Übertragung seiner Ruhegehaltsansprüche in Kraft waren, gerichteten Beschwerde vom 13. November 2012 aufzuheben;
- der Kommission die Kosten aufzuerlegen.